

Doppelte strategische Ratlosigkeit: Deutschland und Europa

Weidenfeld, Werner

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weidenfeld, W. (2011). Doppelte strategische Ratlosigkeit: Deutschland und Europa. *Europäische Rundschau : Vierteljahrszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte*, 39(2), 9-15. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-380198>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

EUROPÄISCHE RUND- SCHAU

Vierteljahresschrift
für Politik, Wirtschaft
und Zeitgeschichte

39. Jahrgang € 9,-

Werner Weidenfeld	Deutschland und Europa
Erhard Busek	Ist Europa handlungsfähig?
G. J. Ikenberry	Liberales Weltordnung
Richard Wagner	Rumäniens Weg
Trautl Brandstaller	Elite im Niedergang

Weitere Beiträge von Shlomo Avineri, Haleh Esfandiari, Hubert Feichtlbauer, Alexandra Förderl-Schmid, Hans Haider, Paul Lendvai, Marko Martin, Walter Russel Mead, Helmut L. Müller, Thomas Nowotny, Christoph Prantner, Joana Radzyner, Ulrich Schlie, Paul Schulmeister

2011/2

Doppelte strategische Ratlosigkeit – Deutschland und Europa

Werner Weidenfeld

Die aktuelle Agenda Europas führt uns wieder nachhaltig vor Augen: Der Kontinent hat viele Gesichter. Und jedes bildet ein Stück Wirklichkeit ab:

- Da ist die Distanz, die Frustration über die bürokratische Regelungsoffensive. Neue Glühbirnen sind da – und endlos lange Bankleitzahlen stehen an. Ein immer dichteres Spinnennetz an Vorschriften legt sich über die europäischen Gesellschaften. »Brüssel« wird zum Schuldigen – auch dann, wenn es nur eine Ausflucht nationaler Ablenkung ist. Mit literarischem Feinsinn hat Hans Magnus Enzensberger dies auf die Formel vom »Monster Europa – Die Entmündigung des Bürgers« gebracht.
- Aus einem größeren historischen Abstand ist jedoch auch Europa als Erfolgsgeschichte unübersehbar. Da ist ein Kontinent über Jahrhunderte ein Schlachtfeld der Imperien, Kriegsschauplatz der Nationen, der Machthaber. Dann entschließen sich die Europäer zur Integration. Ab Anfang der fünfziger Jahre folgt Vertrag auf Vertrag: EGKS, EWG, Euratom, Haushaltsverträge, Einheitliche Europäische Akte, Vertrag von Maastricht, Vertrag von Amsterdam, Vertrag von Nizza, Vertrag von Lissabon. Ursprünglich war diese Geschichte eingebunden in den Ost-West-Konflikt. Trotz der Integration war Europa geteilt. Das aber fand nach dem Fall der Mauer ein Ende. Erstmals in der Geschichte bildet der gesamte Kontinent eine Einheit.
- Die Globalisierung hat für viele eine neue Wahrnehmung des Politischen eröffnet. Eine symbolische Verdichtung dieser Erkenntnis erzwang die globale Finanzkrise. Um die Währungsturbulenzen und die nationalen Haushaltsdebakel zu meistern, ist jeder einzelne Nationalstaat zu klein. Ein Hinweis auf die globale Dimension böte keine strategische Antwort. Alles bliebe zu diffus, zu unscharf. Da rückt die politische Organisation von rund 500 Millionen Europäern in den Mittelpunkt des Handlungsinteresses. Gleichzeitig löst jeder Transformationsprozeß Fragen an Europa aus – sei es der Wandel in Tunesien oder Ägypten, Libyen oder Syrien, Libanon oder Saudi-Arabien. In der Regel bleibt Europa kohärente, stimmige Antworten schuldig. Die Forderung nach einem europäischen Profil weltpolitischer Mitverantwortung wird immer lauter.

- Aber dieser Bedeutungsschub löst sofort eine andere Frage aus: Ist das machtvolle Europa angemessen legitimiert? Distanziert, intransparent, bürokratisch – kann die Europäische Union so die Kategorien der Legitimation erfüllen? Es kommt nicht von ungefähr, daß sich nationale Ober-Gerichte, nationale und regionale Parlamente die Köpfe über das Thema »Legitimation Europas« zerbrechen.

Vor diesem Hintergrund fällt auf: Europa zeigt sich strategisch verwirrt. Die tagespolitische Hektik verbindet sich mit einer mittel- und langfristigen Ratlosigkeit. Präzise europäische Antworten sind Fehlanzeige. Dazu fehlt es an Sicherheit der eigenen Orientierung. Die Union verfügt nicht über ein finales Profil, ein eindeutiges Zielbild. Die einen verstehen Europa als Marktprojekt oder als pragmatische Gemeinschaft, die anderen als ein bürokratisches Monster oder aber als politische Großmacht.

Zugegebenermaßen eine merkwürdige Dialektik: Europa hat die Krise mit ausgelöst und ist doch die einzige politische Größe, die eine adäquate, wirkungsvolle Antwort darauf geben soll. Kann dies funktionieren? Intuitiv scheinen die europäischen Politiker diesen vermeintlichen Widerspruch zu spüren. Sie ahnen den Erwartungsdruck, aber auch den Vertrauensentzug seitens der Bürger. Sie agieren aktivistisch. Sondergipfel, Sonderräte, informelle und formelle Meetings, Kommissionssitzungen: Die hohe Zahl und das hohe Tempo können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, wie karg die Ergebnisse sind. Gerade in Zeiten der Not ist unübersehbar, daß die Politiker zwar europäisch reden, Lösungen aber zu sehr im nationalen Rahmen suchen: Da gibt es Sonderfinanzierungen in Ungarn und Protektionismus in Frankreich, nicht aufeinander abgestimmte Konjunkturprogramme sowie Investitionsanreize im Rest Europas. Dieser Widerspruch offenbart schonungslos die inhaltliche Ratlosigkeit und den fehlenden Mut der Politik.

Ein vergleichbarer Krisendruck hat zuletzt Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre auf den Europäern gelegen. »Eurosklерose« war damals der Schlüsselbegriff – Europa bot ein Drama des Niedergangs. Erosion der Vitalität, Verlust an Dynamik, wirtschaftlicher und sozialer Niedergang – der Kontinent machte einen verstaubten Eindruck. Damals fand die Europäische Gemeinschaft einen strategischen Kopf, dem eine große Führungsleistung gelang: Jacques Delors, den französischen Finanz- und Wirtschaftsminister. Bevor dieser für alle Spitzenämter qualifizierte Mann im Jahr 1985 das Amt des Brüsseler Kommissionspräsidenten antrat, nahm er sich Zeit zur Erarbeitung einer klaren Strategie. Europa muß sein Kernproblem definieren – das war sein Ausgangspunkt. Anschließend muß es sich auf eine Lösungsstrategie historischen Ausmaßes einigen. Nur dann wird es die notwendigen Kräfte mobilisieren können. Delors bot zwei Alternativen an: Sicherheit oder Binnenmarkt. Die Regierungschefs wählten Binnenmarkt. Delors warf den Modernisierungsmotor an: Knapp 300 europäische Gesetze waren in wenigen Jahren zu verabschieden. Ein großer Wurf, der dazu führte, daß Europa in eine neue Ära der Moderne eintrat. Die Krise war bewältigt.

Heute stehen wir vor einer ähnlichen Herausforderung. Wir suchen gleichsam nach einem zweiten Jacques Delors, der den Kontinent aus der neuerlichen Eurosklерose zu retten versucht. Leider ist heute von der strategischen Wucht eines Jacques Delors, von dessen strategischer Klarheit, nichts zu spüren: Das Spektrum der Probleme ist nicht definiert. Das große Bild fehlt. Vielmehr spekuliert und debattiert die Politik über einzelne Facetten, über einen Dschungel von Details. Die Basis für die Bildung

einer Strategie, für die Entwicklung von Kriterien zur Lösung der Probleme ist damit nicht gegeben. Weder der Europäische Rat, das Gremium der Mitgliedsregierungen, noch die EU-Kommission haben sich dieser Aufgabe bislang zufriedenstellend gestellt. Absichtserklärungen, Wünsche zur Intensivierung der Kontrollen, Koordinierungsversuche – dies alles sind keine präzisen Lösungen. Wer weder das Problem noch die Lösungskriterien definieren kann, der ist auch außerstande Strategien zu entwerfen. Die logische Konsequenz ist, daß überall nur Ratlosigkeit herrscht.

Wer dieses strategische Defizit Europas überwinden will, der hält Ausschau nach konzeptionellen Köpfen, nach Führungspotential, nach Führungsmächten. In sensiblen Phasen der Europäischen Integration sind solche Führungsimpulse nicht zuletzt von Deutschland ausgegangen. So war es in den fünfziger Jahren, in den sechziger Jahren, bei der Binnenmarkt-Idee ebenso wie bei dem Verfassungsgedanken und der Währungsunion. Warum gelingt es nicht heute Deutschland erneut, wichtige Führungsimpulse für Europa freizusetzen? Die Antwort ist klar, das aktuelle Debakel der politischen Kultur Deutschlands ist evident: die Flucht in die aktivistische Ratlosigkeit.

Frohe Botschaften sind auch der deutschen Politik abhanden gekommen. Es geht um Krisenberichte, Angst-Szenarien, Katastrophen-Horizonte. Politik verzehrt sich vom Dioxin-Skandal bis zum Winter-Chaos der Deutschen Bahn, vom Banken-Desaster bis zum Hochwassereinsatz, von der Mautgebühr bis zur drastischen Wende in der Energiepolitik. Diese Oberfläche des Politischen wird grundiert durch gravierende Veränderungen der politischen Kultur. Das Beben der kulturellen Fundamente ist der eigentliche Grund für manch ein aktuelles Desaster.

Wenn wir es aktuell zuspitzen: Deutschland regt sich auf. Stuttgart 21 eskalierte zu einem Symbol neuer Protestbereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die dramatischen Bilder gewaltsamer Auseinandersetzung um einen Bahnhofsneubau graben sich tief ein in das Bewußtsein der Bürger. Die Bundeskanzlerin fühlt sich herausgefordert, höchstpersönlich eine solche lokale Infrastrukturmaßnahme zu einem Schlüsselthema der Republik zu erklären. Da stehen plötzlich Zehntausende, ja Hunderttausende Bürger auf der Straße. Der Aufstand in der Hauptstadt Baden-Württembergs zieht zwar magnetisch das massenmediale Interesse an – es ist aber kein singuläres Ereignis. In praktisch jeder Stadt ist ein ähnliches Phänomen zu registrieren. Mal handelt es sich um einen Tunnelbau, eine Brückenkonstruktion, ein neues Kraftwerk, eine Bahntrasse, eine Flugschneise, eine Tiefgarage, mal um die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2018. So lange wie dieses Mal hat angesichts der Vielzahl an Demonstranten noch nie der Castor-Transport zum Atommüll-Lager in Gorleben gedauert.

Diese Aufstände hätten eigentlich mit einem Hinweis auf alte Weisheiten aus elementaren Lehrbüchern der Sozialkunde beantwortet sein müssen: Die Repräsentative Demokratie hat rechtsstaatliche Verfahren festgelegt. Die Entscheidungen sind korrekt gefällt. Die Volkssouveränität ist auf legitime Repräsentanten übertragen, die entsprechende Aufgaben wahrnehmen. Damit ist rechtsstaatlich alles festgelegt und zu akzeptieren.

Diese alte, hausbackene Erklärung erfaßt aber die neue Aufgeregtheit nicht mehr. Es handelt sich bei den Protestlern auch nicht mehr um die radikalen Ideologen früherer Jahrzehnte. Die ehemaligen Straßenkämpfer haben das Heft nicht mehr in der Hand. Die »Wut-Gesellschaft« erfaßt praktisch alle Attitüden in ihrer gesamten Bandbreite.

Jetzt ist es die bürgerliche Mitte, die auf die Straße geht und protestiert. Sie fühlt sich nicht mehr vom herkömmlichen Parteienstaat gebunden. Sie begehrt gegen Entscheidungen auf, die viele bis gestern selbst mit angestrebt haben. Die Distanzierung vom Politischen wird zum Fanal neuen Aufbegehrens. Die massenmedial verwöhnte Ereignisgesellschaft erfreut sich an neuen Events. Im Protest findet sich für viele das neue Gemeinschaftserlebnis, die neue Unterhaltsamkeit.

Wie kann die Politik auf dieses neue Phänomen sensibel und angemessen antworten? Sie sollte viel früher partizipative Elemente zulassen. Die Bürger sollten viel früher ihre Stimmungslagen einbringen können und Gehör finden. Und dann sollte Politik Orientierungswissen bieten. Die Bürger suchen Vertrauen, Zuverlässigkeit, Kalkulierbarkeit. Wenn die Politik auf den Protest nur empört, verwundert reagiert, dann wird die Wucht dieser Bewegung eigene Verlaufsformen finden. Das Nachschlagen in den alten Lehrbüchern der Sozialkunde wird allein keine Antworten auf die neue Protestbewegung liefern. Politik sollte kreativer und sensibler werden.

Was hatte der Krieg in Afghanistan mit den Chaostagen in Stuttgart gemein? In beiden Fällen zeigte sich die Abwesenheit politischen Denkens und Handelns. Zahlreiche weitere Beispiele ließen sich nennen, wo Organisationen ihre Unfähigkeit zu relevantem Handeln dokumentieren und wo der Rechtsstaat zum Zuschauer verkümmert. Hier vollzieht sich unter der Oberfläche politischer Tageshektik ein kultureller Umbruch von weitreichenden, möglicherweise explosiven Konsequenzen. Politik degeneriert weitestgehend zur bloßen Nacharbeit von Krisen, Katastrophen und Skandalen.

Wir nehmen Abschied von der alten Ordnung. Eine historische Epoche ist beendet. Wir durchleben eine neue Zwischenzeit. Die Ratio der alten Ordnung gilt nicht mehr, doch das Baumuster der neuen Zeit steht noch aus. Die Politik ist – international wie national – auf der Suche nach ihrer Form. Andererseits gewinnen versunken geglaubte Prägungen neue Ausstrahlung: die religiös wie kulturell bestimmten Räume Europas, die Renationalisierungen wie die ethnisch orientierten Machtambitionen. Auf die Statik des Ost-West-Konflikts ist die explosive Dynamik der vielen Konflikte gefolgt.

Politik als Ringen um die allgemeinverbindliche Ordnung versinkt hinter dem Horizont des ungezähmten Kampfes. Am Anfang stehen Fragen an eine neue Zeit. Der Umbau der politischen Systeme wird zunehmend ergänzt durch Fragezeichen zur Tiefendimension von Gesellschaft und Politik. Was bindet den Westen, wenn es kein Gegenkonzept des Ostens mehr gibt? Welches Raumbild und welche normative Perspektive soll die Einigung Europas annehmen? Wohin wird sich Deutschland orientieren, wenn sich die Welt so umfassend wandelt?

Wir durchleben eine Zwischenzeit, ohne dominierende Konstellation, ohne prägendes Muster. So sind wir mit der ganzen Kompliziertheit der neuen Lage konfrontiert. Es gehört wenig Phantasie zu der Annahme, daß es in den nächsten Jahren zu einer tiefgreifenden Debatte über die neuartigen Problemschichten der Weltpolitik wie über Position und Perspektive der deutschen Außenpolitik kommen wird. Bisher bindende Interpretationen verlieren ihre ordnende Wirkung.

Daraus ergibt sich ein einzigartiger Bedarf an Analyse, Orientierung und Diskussion, der leider nicht befriedigt wird. Die gesellschaftlichen Konsequenzen dieses Fehlens an Orientierungsklarheit sind frappierend: Die Parteien sind kontextlos geworden, büßen logischerweise an Zustimmung ein. Die einzelnen Parteien und Verbände blicken ihren abgewanderten Mitgliedern nach und verbeißen sich noch nach-

haltiger in die Betonierung des Status quo. Ein die Gesellschaft bindendes Konfliktmuster, ein Pro und Contra, wird nicht sichtbar. Ohne Kompaß und ohne Originalität muß politische Kultur zum Glasperlenspiel verkommen. Bleibt nur noch Ratlosigkeit.

Das Parteiensystem hatte seine Zuordnungen aus dem Schema des Ost-West-Konflikts bezogen, der ja nicht nur eine machtpolitische Auseinandersetzung, sondern primär ein Kulturkonflikt war. Rechts und links waren eingespannt in den Schraubstock dieser weltpolitischen Symbolwelt. Nachdem aber die Kulissen dieses Kampfes zwischen Menschenbildern – der Mensch als freie Person versus den Menschen als Gattungswesen – verschwunden sind, haben die Parteien als die zentralen Vermittlungsinteressen demokratischen Lebens ihre programmatischen Verankerungen verloren. Schon längerfristig vollzieht sich für die Parteien der Verlust ihrer angestammten Milieus. Was das Versanden kirchlicher Bindungen für die einen, ist die Auflösung der klassischen Arbeiterschaft für die anderen. Die Omnipräsenz der Parteien in den Gremien, Nischen und Schauplätzen der Moderne steht im drastischen Gegensatz zu ihrem Verlust an Fähigkeit, die kulturelle Prägung der Moderne zu liefern. Im Unterschied zu früheren Jahrzehnten bieten sie in keinem europäischen Land die bindenden Interpretationen, die Konfliktmuster, in die sich eine Gesellschaft im Für und Wider einordnen kann. Sie bieten die Verwaltung der Macht – und entsprechend entwickelt sich ihr Personal. Aus kulturellen Gestaltungseliten sind machtorientierte Verwaltungstechnokraten geworden.

Alle etablierten Parteien des alten Europa erfahren diese tiefe, ja existentielle Krise, die einen früher, die anderen später. Ersatzhandlungen werden vollzogen: Das Pathos der Zukunft kontrastiert massiv mit dem Verwalten des Status quo von gestern. Die Reformversäumnisse der Vergangenheit werden zu den großen Herausforderungen von morgen umstilisiert. Kurzum: Der Motor der Politik läuft im Leerlauf. Halten wir uns vor Augen: Die politische Kultur steckt die Handlungsmargen der Politik eines Staates ab. Sie bildet den Resonanzboden, den Orientierungsrahmen und den Kompromiß für den politischen Alltag. Zeiten weltpolitischer Umbrüche, die wir in diesen Jahren vollziehen, werden zu besonderen Belastungsproben für die politische Kultur: Alte Bekenntnisse verlangen nach neuen Begründungen. Das Pathos von gestern wirkt plötzlich schal und abgestanden. Die Fliehkräfte des machtpolitischen Spiels ordnen sich neu.

Deutschland wird auf einem solchen erodierten Fundament dennoch zwei existentielle Probleme strategisch zu lösen haben: Es wird – erstens – eine Antwort auf die drastische Veränderung der Demographie zu geben haben. Die Zahl der älteren Menschen nimmt in ganz Europa, nicht nur in Deutschland, dramatisch zu. Der Anteil der jüngeren Menschen nimmt dramatisch ab. Die Lücke läßt sich nicht von Zuwanderern allein füllen. Die Organisationsform des Arbeits- und Soziallebens aber folgt immer noch der Logik des 19. Jahrhunderts. Damals waren die Menschen wegen ihres harten Arbeitslebens in Landwirtschaft, Handwerk, Bergbau früh körperlich verbraucht. Entsprechend wurden die Regelungen des Ruhestandes organisiert. Heute aber bleiben die Menschen bis ins hohe Alter arbeitsfähig – sie werden aber künstlich gleichsam wie im 19. Jahrhundert aus dem Arbeitsmarkt entfernt. Die Politik kennt zwar die Dramatik der Daten – wagt sich jedoch an die Lösung nicht wirklich heran. Schritte dorthin könnten zunächst unpopulär sein, wenn man nicht über die überzeugende Erklärungskraft verfügt. Also überläßt man die Erfahrung eines europaweiten demographischen Wandels der Gesellschaft den Nachfolgern.

Es wird – zweitens – auch eine Antwort auf die Zukunft der Energieversorgung zu finden sein. Europa ist der größte Energieimporteur der Welt. Es kann kleine Leistungen aus Norwegen, bescheidene regenerative Energien und begrenzte Atomstrom-Angebote nutzen. Das eigentliche große Kernpaket der Energieversorgung aber muß von außen geliefert werden. Das bieten Länder aus dem Nahen und Mittleren Osten, die jedoch alle in Krisenregionen ohne Stabilitätsgarantie plaziert sind. Daneben ist Rußland der Großexporteur von Energie nach Europa. Moskau hat aber immer demonstriert, daß es seine Energievorräte als Schlüssel zur internationalen Macht einzusetzen versteht. In Europa werden also nur die Lichter brennen bleiben, wenn es sich auf eine klare Strategie der Energiesicherung verständigt. Bisher ist davon wenig zu spüren – unter dem Druck der Not wird es irgendwann erfolgen. Wir hoffen, es wird nicht zu spät sein.

Diese Liste existentieller Fragen an Deutschland ist zu ergänzen – von der Organisation der Sicherheit über die Organisation der Bildung bis hin zum künftigen Profil der Forschung. Für all das wird Deutschland eine strategische Kultur entfalten und vertiefen müssen.

Kommt noch hinzu: Wir orientieren unser Handeln an dem vermuteten Verhalten des anderen. Jede Gesellschaft lebt insofern von einem Vorschuß an historisch abgesichertem Vertrauen. Wo dieses Vertrauen fehlt oder wo dieses Vertrauen in Mißtrauen umschlagen muß, dort büßen die sozialen Beziehungen ihre Kalkulierbarkeit ein. Die Gesellschaft muß sich zwangsläufig auf minimale Aktionen beschränken – vergleichbar einer Schwarzmarktsituation: Der eine hält die Ware in der rechten Hand. Der andere umfaßt die Geldscheine mit der linken Hand. Beide können nur gleichzeitig loslassen. Eine solche Gesellschaft, organisiert nach den Normen des Schwarzmarktes, geschrumpft auf die Spielregeln des Mißtrauens, hat ihre Vitalität eingeübt, hat ihre Vitalität verloren.

Zur Zeit ist unsere Gesellschaft von zwei ganz großen Trends gekennzeichnet:

- Auf der einen Seite vermißt die Bevölkerung die Orientierungsleistung der Politik. Worauf soll diese Gesellschaft sich ausrichten? Was ist das Zukunftsbild, auf das hin viele Detailentscheidungen orientiert sein müssen. Diese Orientierungsleistung bringt die Politik nicht mehr so wie in früheren Jahrzehnten. Es kommt hinzu, daß es auch schwieriger ist, die Welt ist komplizierter geworden. In früheren Jahrzehnten konnte es manchmal reichen, im Ost-West-Konflikt zu sagen: »Die da drüben machen das ganz anders«, damit war vieles erklärt.
- Der zweite Trend ist: Jede moderne Gesellschaft lebt vom Vertrauen. Wir sind immer arbeitsteiliger: Wir müssen immer vertrauen, daß die anderen etwas können und ihr Handwerk verstehen. Wir haben deshalb in jeder Sekunde Vertrauensvorschuß notwendig. Die Menschen aber werden immer mißtrauischer. Sie mißtrauen auch der Politik immer mehr.

Diese Art Kombination von Orientierungsdefizit und Vertrauensverlust erfaßt praktisch alles in der Gesellschaft. Es ist nicht nur die Politik, sondern es hat etwas mit Institutionen insgesamt zu tun. Die Menschen werden mißtrauisch gegenüber Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften usw. Die einzigen Institutionen, die in unserer Gesellschaft von diesem Mißtrauensaufbruch verschont geblieben sind, sind das Verfassungsgericht und die Polizei. Allem anderem wird mit Mißtrauen begegnet. Das macht die Lage in dieser Gesellschaft sehr schwierig.

Als Konsequenz haben sich viele einfach zurückgezogen. So wie zum Beispiel auch viele nicht mehr zur Wahl gehen. Es ist nicht so, daß irgendwelche Radikalisierungen der Politik bei den Wahlen stattgefunden haben, sondern viele gehen nicht zur Wahl. Aber ist es nicht so, daß wir von Individualisten umzingelt sind, die mit dieser Gesellschaft überhaupt nichts zu tun haben wollen, sondern 32% sind gesellschaftlich engagiert, 30% wollen sich darüber hinaus engagieren, wissen aber nicht wie, und von den 32% die schon engagiert sind, wollen sich 30% noch intensiver engagieren, wissen aber auch nicht wie. Man sollte Partizipationslotsen einrichten. Die Menschen verfügen also über ein unglaubliches Potential, sich für die Gesellschaft zu engagieren.

Der grundsätzliche wie aktuelle Befund liegt auf der Hand: Der Bedarf an kollektiver Identität der Deutschen und der Europäer insgesamt ist heute offenbar nicht in ausreichender Weise befriedigt. Jede moderne Massengesellschaft, gekennzeichnet durch technologische Produktionsbedingungen, durch abstraktes Spezialwissen, durch Anonymität der Beziehungen, durch plurale Lebenswelten, hat einen hohen Bedarf an kollektiver Identität, an gesellschaftlicher Orientierungsleistung; diese wird mitgeprägt von den großen Themen und Aufgaben einer Zeit. Bezeichnenderweise wird die Frage nach der deutschen Identität wieder nachdrücklicher in der Bundesrepublik Deutschland in einer Zeit gestellt, in der gewissermaßen die Kataloge der Nachkriegsaufgaben erschöpft sind. Wir erleben heute eine ratlose Normalität. Die alten prägenden Ideen und Aufgaben haben ihre Schubkraft verbraucht, ohne daß neue an ihre Stelle getreten wären. Dies bedeutet, es besteht ein eher höherer Bedarf an kollektiver Identität der Menschen in Deutschland und Europa. Wenn wir davon ausgehen, daß es in Deutschland gegenwärtig einen hohen Bedarf an Gemeinschaftsbewußtsein und Gemeinschaftserfahrung gibt, der nicht voll befriedigt wird, sondern sich eher in Distanzierungen und Rückzugsbewegungen äußert, wenn wir also davon ausgehen, daß es ein vagabundierendes Identitätsbedürfnis gibt, von dem man noch nicht weiß, wo es sich festmachen wird, dann wird die Zukunft Deutschlands und Europas wesentlich davon abhängen, ob und wie es gelingt, die kulturellen Interpretationsordnungen der neuen Epoche zu entwerfen. Ohne diese Leistungen gerät die moderne Gesellschaft aus den Fugen. Die doppelte Ratlosigkeit wird fatale Konsequenzen haben. Das leise Verschwinden der Politik wird dann explosive Folgen zeigen – in Deutschland und Europa.